



## Müller: Prävention stärken und Fehlernährung verhindern

Müller: Prävention stärken und Fehlernährung verhindern  
Beim dritten Europäischen Präventionstag hat sich der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Dr. Gerd Müller, am Freitag für einen Strukturwandel im Gesundheitssystem ausgesprochen. Die Kosten für die Behandlung sogenannter ernährungsmitbedingter Krankheiten machen in Deutschland Schätzungen zufolge fast ein Drittel aller Gesundheitskosten aus. Das sind fast 100 Milliarden Euro pro Jahr - ohne die volkswirtschaftlichen Kosten durch mangelnde Leistungsfähigkeit und Fehltag einzubeziehen. "Wenn sich alle Menschen in Deutschland optimal ernähren und bewegen würden, könnte ein Vier-Personen-Haushalt jährlich rein theoretisch um rund 5.000 Euro entlastet werden", sagte Müller. Eine ausgewogene Ernährung und viel Bewegung sind wichtige Voraussetzungen für Gesundheit. "Genau hier liegt unser Problem: Wir essen zu viel, oft das Falsche und bewegen uns zu wenig", sagte Müller. Die Förderung eines gesunden Lebensstils ist laut Müller eine immens wichtige Investition in die Zukunft Deutschlands. Da die Menschen nicht gegängelt werden wollen und regulatorische Ansätze ablehnen, setzt die Politik auf Information, Motivation und Appelle. Freiwillige Ansätze bedeuteten aber immer das Bohren dicker Bretter, erst recht wenn es um Verhaltensänderungen geht. Die notwendigen Strukturveränderungen, um eine gesunde Wahl zu erleichtern, können die Krankenkassen leisten. "Die Förderung eines gesunden Lebensstils ist unbestritten eine immens wichtige Investition in die Zukunft, die sich auch ökonomisch lohnt: Einschlägige Studien errechnen für Investitionen in Prävention Renditen, die derzeit mit kaum einer anderen Anlage erreichbar wären. Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, dass wir bei den Präventionsprogrammen der Krankenkassen nicht schon weiter sind. Die Krankenkassen müssen nicht die Krankheitsbekämpfung finanzieren, sondern die Gesundheitsvorsorge. Hier ist noch viel Luft nach oben", sagte der Staatssekretär. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) Wilhelmstraße 54 10117 Berlin Deutschland Telefon: 03 0 / 1 85 29 - 0 Telefax: 03 0 / 1 85 29 - 42 62 Mail: poststelle@bmelv.bund.de URL: <http://www.bml.de>  [http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pintr\\_=520728](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pintr_=520728) width="1" height="1"

## Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de  
poststelle@bmelv.bund.de

## Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de  
poststelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.